Bulletin des X. Parteitages der KPD.

Nummer 6 | Redaktion Landtag, Zimmer 21 Telefon Amt Zentrum 9047 | Berlin, den 17. Juli 1925 | Herausgeber: Zentrale der KPD.

Diskussion zum politischen Bericht.

Resolution über die Tätigkeit der Kommunistischen Internationale.

Der 10. Parteitag der KPD. spricht seine volle Zustimmung zu allen Beschlüssen des 5. Weltkongresses und der Märztagung der erweiterten Exekutive der Kommunistischen Internationale aus.

Der Parteitag heißt insbesondere das Bestreben der Zentrale gut, die taktischen Beschlüsse des 5. Weltkongresses und die Bolschewisierungsthesen der Erweiterten Exekutive auf die Aufgaben der deutschen Partei anzuwenden und in ihrem Sinne die Politik der Partei durchzuführen.

Der Parteitag spricht der Exekutive der Kommunistischen Internationale sein volles Vertrauen aus und verpflichtet die neue Zentrale der KPD. sowie die bisherige Parteiführung, allen Angriffen gegen die Politik der Exekutive und jeden Abweichungen von der Linie der Komintern entschlossen entgegenzutreten.

Der rechte Flügel der Komintern versucht, ebenso wie die kleine rechte Gruppe in Deutschland, die Bolschewisierung der Kommunistischen Weltpartei zu verhindern und sie durch opportunistische Abweichungen zu verfälschen.

Der Parteitag erinnert an den Beschluß der Erweiterten Exekutive vom März 1925, daß die Führer der deutschen Gruppe Brandler und Thalheimer den Ausschluß aus der Komintern voll und ganz verdient haben und erwartet, daß der Ausschluß gemäß dem Beschluß der Exekutive ohne Verzug durchgeführt wird, wenn diese Gruppe trotz der Beschlüsse der Internationale ihre parteifeindliche Fraktionstätigkeit fortsetzt.

Der Parteitag weist mit Entrüstung die Angriffe gegen die Politik der Kommunistischen Internationale zurück, die kürzlich Zeit von einer Gruppe polnischer Genossen unter Führung Domskis unternommen wurden. Er fordert die Kommunistische Partei Polens auf, diese Gruppe, die nur dem Namen nach links, in Wirklichkeit aber ein genaues Spiegelbild der polnischen Rechten und ihres Verhältnisses zum Nationalismus ist, energisch zur Ordnung zu rufen.

Der Parteitag begrüßt die Erfolge der Kommunistischen Partei Englands, die sich trotz ihrer Jugend und ihrer zahlenmäßigen Schwäche im letzten Jahr großen Einfluß innerhalb der revolutionären englischen Gewerkschaftsbewegung erkämpfte und die zur Führung der größten, historisch bedeutsamen Umgruppierung der englischen Arbeiterbewegung berufen ist.

Der Parteitag solidarisiert sich vollkommen mit der Taktik der Kommunistischen Partei Frankreichs und begrüßt mit Befriedigung ihre klare, bolschewistische Einstellung zum Marokkokrieg.

Der Parteitag stellt mit Befriedigung fest, daß unsere tschechische Bruderpartei infolge der richtigen Taktik der Exekutive auf der Märztagung sich günstig entwickelt und die Krise der rechten Liquidatoren zu überwinden beginnt.

In der italienischen Partei beginnt ähnlich wie vor kurzem in Deutschland und in Polen die linke Gruppe unter Führung Bordigas eine unbolschewistische Tätigkeit zu entfalten. Die Führung der KPD. hat mit Recht einen scharfen Kampf gegen diese Gruppe aufgenommen, die gerade angesichts des wachsenden Einflusses der italienischen Kommunisten unter der Arbeiterklasse, ihrer Erfolge in den Gewerkschaften völlig überwunden werden muß.

Der 10. Parteitag wiederholt den Beschluß der restlosen Solidarität mit der führenden Partei der Komintern, der KPSU., den bereits der Frankfurter Parteitag im schwersten Moment der ersten Trotzki-Debatte ohne jedes Zögern durchführte. Die Entschließungen für den Kampf an der Seite des ZK. der KPSU. in der verflossenen Periode sowie der letzten Parteikonferenz sind für alle Sektionen der Komintern von größter Wichtigkeit. Die neuen Maßnahmen der Bauernpolitik, der Kampf um die Belebung des Sowjetapparates, die parteiorganisatorische Entwicklung der KPSU., die starke Heranziehung der Parteilosen sind ebenso ein Ausdruck für die Stabilisierung der Sowjetunion, d. h. für die Stabilisierung der internationalen proletarischen Revolution gegen den Imperialismus, wie die ökonomischen Erfolge der Sowjetmacht, ihre außenpolitische Befestigung und der starke, ununterbrochene Aufstieg der Lebenshaltung der russischen Arbeiterklasse.

Die Stabilisierung der Sowjetunion und der Vormarsch der Komintern sowie die Schwierigkeiten und Gegensätze der imperialistischen Staaten sind der Grund für die hysterische, maßlose, fieberhafte Hetze aller reaktionären Mächte der Welt gegen diese beiden wichtigsten Organisationen des kämpfenden Proletariats.

Um so stärker, um so aktiver, um so planmäßiger und einheitlicher muß der Kampf unserer Partei und aller Bruderparteien der Komintern gegen die Internationale und die Trotzkisten sein. Um so fester steht die KPD. zur Kommunistischen Internationale und ihrem stärksten Bollwerk, der Sowjetunion.

(Mit allen gegen eine Stimme (Giwan-Berlin-Wedding) angenommen.

Resolution über die Tätigkeit der Zentrale.

Vorgeschlagen von den Delegationen Berlin-Brandenburg, Wasserkante, Nordwest, Ruhrgebiet, Niederrhein, Mittelrhein, Halle, Thüringen, Ostsachsen, Ostpreußen und Mecklenburg.

Nach Kenntnisnahme des politischen Berichts der Zentrale beschließt der Parteitag, die Politik und die Tätigkeit der Zentrale vollständig zu billigen. Er spricht der Zentrale sein volles Vertrauen aus.

Die Zentrale hat die auf dem Frankfurter Parteitag beschlossene politische Linie durchgeführt und gegen jede Abweichung verteidigt. Sie hat zur Erfüllung der vom Frankfurter Parteitag gestellten Aufgaben eine erfolgreiche Arbeit geleistet. An die Stelle der in Fraktionen zerrissenen, nach Bezirken getrennten, in grundlegenden Fragen unklaren Partei ist eine ideologisch einheitliche organisatorisch straff zusammengefaßte, in den Grundfragen des Bolschewismus klare und aktive Partei getreten. Zum ersten Mal in der Geschichte der KPD. hat die ganze Partei die Führerrolle der revolutionären Partei, ihren grundsätzlichen Gegensatz zur Sozialdemokratie in allen Fragen klar gestellt.

Die Zentrale hat die historische Bedeutung des Dawes-Planes sofort richtig erfaßt und den außerparlamentarischen und parlamentarischen Kampf in schärfster Abgrenzung zu allen bürgerlichen Parteien, von der SPD. bis zu den Völkischen, richtig durchgeführt.

Nach der grenzenlosen Verwirrung, die, als eine Erbschaft des Brandlerismus, in der Gewerkschaftsfrage eingerissen war, hat die Zentrale in einer zähen, zunächst ideologisch aufklärenden, später aber, besonders nach dem 5. Weltkongreß, auch vor keiner organisatorischen Konsequenz zurückschreckenden Arbeit die bolschewistische Auffassung von der Tätigkeit in den reformistischen Gewerkschaften durchgesetzt. Trotz der noch immer großen Schwäche unserer Gewerkschaftsarbeit muß es nach dem Zusammenbruch der Gewerkschaftsarbeit 1923 als ein großer Erfolg angesprochen werden, daß der höchste Prozentsatz der gewerkschaftlich Organisierten seit Bestehen der Partei erreicht und die Ueberführung der selbständigen Verbände in die Freien Gewerkschaften ernsthaft in Angriff genommen wurde.

Wenn opportunistische Abweichungen in der Gewerkschaftsarbeit, in der Kommunalpolitik usw. noch immer vorkommen, so ist das in der Vergangenheit der Partei und in den objektiven Schwierigkeiten der Situation begründet, die einen ständigen, hartnäckigen Kampf gegen die rechten Gefahren notwendig machen.

Auf dem Frankfurter Parteitag standen noch eine Reihe von Bezirken der bolschewistischen Politik der Linken verständnislos und darum ablehnend gegenüber. In wenigen Monaten ist es der Zentrale gelungen, alle Bezirke auf der Linie Frankfurt zu einigen und die besten Elemente der ehemaligen Mittelgruppe völlig zu gewinnen und zur Mitarbeit heranzuziehen.

Die rechte Opposition, gleichgültig, ob sie offen als Anhänger der Brandler-Politik oder versteckt als Anhänger der Mittelgruppe und angebliche Vertreter der Politik der Exekutive auftrat, hatte während dieser ganzen Periode in keiner einzigen Frage einen positiven, die Arbeit der Partei fördernden Vorschlag zu machen. Ihre Opposition bestand in persönlichen Quertreibereien, in demagogischen Versuchen, die Exekutive gegen die Zentrale auszuspielen, in dem ständig wiederholten Geschrei nach der „Einheitsfrontpolitik" ohne konkrete, auf der Analyse der Situation beruhende Vorschläge und ohne Abgrenzung gegen die brandlerische Bündnispolitik, in echt opportunistischem Versöhnler-Geschwätz gegen den „zu scharfen" Kampf gegen die SPD., in der Anpreisung der Parole der Lastenabwälzung durch Steuergesetze als Hebel unserer Politik, in einer unterirdischen, zersetzenden, der bolschewistischen Parteidisziplin Hohn sprechenden Fraktionsarbeit.

Der Parteitag billigt den konsequenten, unerbittlichen und organisatorischen Kampf der Zentrale zur Ueberwindung aller opportunistischen Anschauungen, zur Ausschaltung aller rechten Fraktionsmacher, zur Gewinnung aller ehrlichen proletarischen Elemente, die sich auf eine rechte Plattform haben locken lassen.

Die Zentrale hat die richtige bolschewistische Politik nicht nur gegen den rechten, sondern auch gegen den „ultralinken" Opportunismus durchgesetzt. Allerdings wurde infolge der Hemmung der Partei durch die rechte Fraktionsmacherei der Kampf gegen die Ultralinke zu spät aufgenommen, so daß ernste Fehler nicht vermieden werden konnten. Diese ultralinken Abweichungen zeigten sich außer in der Gewerkschaftsfrage in einer Reihe von taktischen Fragen, in einer von keiner Sachkenntnis beschwerten Zusammenbruchsperspektive auf Grund luxemburgistischer Anschauungen, die es erschwerten, die Partei auf die aktuellen Aufgaben der Massengewinnung durch Gewerkschaftsarbeit, durch Führung der Teilkämpfe zu konzentrieren. Ultralinke Abweichungen zeigten sich ferner in der Ablehnung von Teilforderungen, wie der Produktionskontrolle, in der Ablehnung aller Steuerforderungen, in der Empfehlung einer der Gewerkschaftsarbeit widersprechenden Taktik bei den Betriebsrätewahlen, in der Ablehnung gemeinsamer, gewerkschaftlicher Demonstrationen am 1. Mai, in der krassesten Form aber in der „prinzipiellen" Ablehnung von notwendigen, durch die Situation gebotenen taktischen Manövern bei den Präsidentschaftswahlen und in der Preußenfrage. Die Ultralinken, die ebenso wenig wie die Rechten, der Analyse, Strategie und Taktik der Partei eine eigene, die Partei vorwärts führende Analyse und Politik entgegenstellen können, haben die Partei durch ihr leeres Alarmgeschrei bei der Durchführung einer elastischen Taktik gehemmt und in unverantwortlicher Weise Verwirrung in die Partei getragen. Der Parteitag verurteilt daher aufs schärfste das Auftreten der Genossen Rosenberg, Scholem und ihrer Anhänger gegen die Politik der Zentrale und billigt ebenso den rücksichtslosen Kampf, den die Zentrale gegen die Anstifter dieser Verwirrung geführt hat, wie die nachdrückliche Arbeit zur Klärung der Streitfragen bei den durch diese Manöver irre gewordenen ehrlichen, revolutionären Arbeitern.

Der Parteitag billigt ausdrücklich die Beschlüsse, die auf den Sitzungen des ZA. seit dem Frankfurter Parteitag gefaßt wurden, insbesondere die Gewerkschaftsbeschlüsse des ZA. vom Oktober 1924, die taktischen Resolutionen vom Januar 1925, „Die KPD. die einzige Arbeiterpartei" und vom Mai 1925 (Taktik im Kampf gegen die monarchistische Gefahr).

Desgleichen unterstreicht der Parteitag noch einmal den Beschluß gegen die Fraktionsmacherei, der auf dem ersten ZA. nach Frankfurt gefaßt wurde. In einer bolschewistischen Partei darf für Fraktionen und Gruppierungen kein Platz sein. Die Versender von Fraktionsrundschreiben, die Organisatoren von Zersetzungsgruppen in der Partei, die berufsmäßigen Oppositionsmacher aus persönlicher Kränkung gehören weder in die KPD. noch in die Komintern. Die Partei muß jeden Genossen, der seine Fehler in der Vergangenheit einsieht und zur Mitarbeit auf der Plattform der Partei ehrlich bereit ist, als gleichberechtigten Mitkämpfer behandeln. Gegen alle Fraktionsmacher gilt ein einmütiges:

Hände weg von der Partei!
Nieder mit den Fraktionsmachern!

In dem festen Willen, die Partei einheitlich und geschlossen auf dem Wege von Frankfurt weiterzuführen, fordert der Parteitag alle ehrlichen Kämpfer der Partei auf, mit dem Opportunismus in seiner rechten und seiner ultralinken Gestalt Schluß zu machen, sich wie ein Mann hinter die bolschewistische Führung zu stellen, die die Partei auf dem Wege der Bolschewisierung ein großes Stück vorwärts gebracht hat und vom Vertrauen der Partei getragen ist.

(Resolution gegen 3 Stimmen und 1 Enthaltung angenommen.)

Resolution zur Tätigkeit der kommunistischen Fraktionen im Reichstag und Preußischen Landtage.

Der Parteitag begrüßt die kommunistischen Fraktionen des Reichstages und des Preußischen Landtages zu ihrem entschiedenen Auftreten für die Interessen der Arbeiterklasse.

Der demonstrative Kampf der Reichstagsfraktion gegen die Dawes-Verträge, ihr Kampf für den Achtstundentag, gegen den Steuerraub und Kollwucher, ihr unermüdliches Eintreten für die Befreiung der politischen Gefangenen und die Kämpfe auf dem Gebiet der Sozialpolitik, der energische Kampf der preußischen Landtagsfraktion gegen die arbeitsfeindliche Politik der Regierung Braun-Severing, gegen die monarchistischen Bestrebungen der Junker und Schwerindustriellen, gegen die Klassenjustiz und Polizeibrutalitäten, sowie ihr Kampf für die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der in preußischen Betrieben beschäftigten Arbeiter und Beamten zeigen, daß beide Fraktionen die Interessen der arbeitenden Massen in echt bolschewistischer Weise vertreten haben. Der Parteitag erklärt sich deshalb mit der Haltung der Fraktionen im Reichstag und im Preußischen Landtag einverstanden.

(Gegen 1 Stimme angenommen.)

Erklärung zur Resolution über die Tätigkeit der Kommunistischen Internationale.

(Abgegeben vom Genossen Rosenberg zugleich im Namen der Genossen Scholem und Katz von der Zentrale, der drei Delegierten des Bezirks Rhein-Saar, des Genossen Giwan-Berlin und der Genossen Voigt und Lau aus Westsachsen.)

Wir schließen uns der Vertrauenserklärung zur Tätigkeit der Exekutive der Kommunistischen Internationale durchaus an. Wir sind jedoch mit folgenden Formulierungen in der vorgelegten Resolution nicht einverstanden:

1. Es ist uns nichts davon bekannt, daß eine Gruppe polnischer Genossen unter Führung Domskis Angriffe gegen die Politik der Komintern gemacht hat. Bekannt ist uns, daß die polnische Zentrale in einer Resolution eine durchaus sachliche Kritik an einzelnen taktischen Auffassungen in der Komintern übte. Wir betonen aber, daß wir die Stelle der Resolution der polnischen Zentrale über Bulgarien uns nicht zu eigen machen können, da uns die zugrunde liegenden Tatsachen nicht bekannt sind. Es steht außerhalb jeder Diskussion, daß wir die vollste Solidarität mit der heldenhaft kämpfenden Kommunistischen Partei Bulgariens empfinden. — Die Kritik der polnischen Zentrale an der neuen taktischen Wendung der KPSU. berührt sich im wesentlichen mit unserer eigenen Kritik. Wir sind also nicht in der Lage, die polnische Zentrale wegen dieser Stellungnahme zu verurteilen.

2. Wir begrüßen die vorbildliche Haltung unserer französischen Bruderpartei gegenüber dem marokkanischen Raubkrieg, aber wir sind nicht in der Lage, uns mit der Taktik der KPF. bei den Kommunalwahlen (Zurückziehung unserer Kandidaten zugunsten des Linksblocks) einverstanden zu erklären.

3. Was Italien betrifft, so können wir durchaus nicht alles billigen, was die Gruppe des Genossen Bordiga organisatorisch und theoretisch unternimmt, insbesondere nicht die Auffassungen Bordigas über den Trotzkismus. Wir sind aber der Meinung, daß alles aufgeboten werden muß, um die Einheit der KP. Italiens aufrecht zu erhalten, und daß alles vermieden werden muß, um auf italienischem Boden ein zweites Heidelberg zu schaffen und wertvolle Arbeiterelemente Italiens von der Komintern abzustoßen. Wir erblicken die Aufgabe des Parteitages der KPD. nicht darin, in scharfmacherischer Weise gegen linke Gruppen vorzugehen, die in der Vergangenheit im Kampfe gegen rechte Abweichungen innerhalb der Komintern in der vordersten Reihe gestanden haben und mit denen die deutsche Linke jahrelang in den wichtigsten Fragen übereinstimmte. Vielmehr betrachten wir als eine Hauptaufgabe der Komintern die Zusammenfassung aller wirklich revolutionären Kräfte gegen die akute Gefahr von rechts.

*

Neben dieser Erklärung findet noch der Gen. Scholem eine Erklärung auf unsere Veröffentlichung in Nr. 4 des Bulletins über die Plattform Bordigas. In dieser Erwiderung wird der obige Absatz der Stellungnahme der Genossen zu der Plattform wiederholt. Da wir die ganze Erklärung abdrucken, erübrigt es sich, die Zuschrift Scholems zu bringen.

Die Redaktion.

Erklärung.

Die unterzeichneten Delegierten erklären zur Abstimmung über die vorgelegte Resolution zum Geschäftsbericht, in der der Zentrale das Vertrauen ausgesprochen wird, folgendes:

Wir sprechen der auf dem Frankfurter Parteitag gewählten Zentrale unser Vertrauen aus. Wir erklären aber ausdrücklich, daß wir diejenigen Stellen in der Resolution, die sich gegen das Verhalten der Genossen Rosenberg und Scholem wenden, mißbilligen. Die Kritik, die die beiden Genossen im Mai d. J. an gewissen politischen Fragen geübt haben, hielt sich durchaus im Rahmen der Partei und rechtfertigt keineswegs eine Mißtrauenserklärung gegen diese Genossen.

Gez.: Hans Weber (Rhein-Saar), Artur Voigt (Leipzig), H. Giwan (Berlin-Wedding), Müller (Ludwigshafen), Adolf Hoffmann (Rhein-Saar), Lotzgern (Hessen-Waldeck), Bruno Leu (Bez. Westsachsen), Kotten (Niedersachsen), Konrad (Berlin).

Erklärung.

Die Delegation Rhein-Saar ist für die Streichung der in der Resolution über die Tätigkeit der Zentrale enthaltenen Billigung der Zentralausschußbeschlüsse vom 30. Mai 1925 und sinngemäße Sätze (wie vorgelesen).

Bei der voraussichtlichen Ablehnung dieser Streichung erklären wir schon jetzt, daß wir aus diesem Grunde gegen diese Resolution stimmen werden.

Delegation Rhein-Saar.
J. A.: Hans Weber.

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id495230650-19250717/1